

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Donnerstag
19. März 1925

Verlag und Anzeigenverwaltung:
Geschäftszeit 9-3 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 2506-2507

Verschleppung der Aufwertung.

Die Angst der Rechtsparteien vor der Präsidentenwahl.

Dererrat der Deutschnationalen an den Gläubigern und Sparern hat in diesen Kreisen ungeheure Empörung ausgedünst. In großen Scharen rebellieren sie gegen diejenigen, denen sie bei den letzten Wahlen die Macht in die Hände gespielt haben. Schon heute unterliegt es keinem Zweifel, daß diese Empörung bei der Wahl des Reichspräsidenten deutlich zum Ausdruck kommen wird. Um dem vorzubeugen, plant man eine neue Geste, die den Ansehens erwecken soll, als ob die Aufwertungsfrage von den Rechtsparteien und der Rechtsregierung gefördert werde, um dann

nach der Präsidentenwahl um so sicherer und völlig ungehindert gegen die Sparter vorgehen zu können.

Am Mittwoch haben Vertreter der Regierungsparteien mit dem Reichskanzler Dr. Luther und den zuständigen Ressortministern über die Aufwertungsfrage verhandelt. Die Besprechung trug streng vertraulichen Charakter. In der Presse wurde lediglich angekündigt, daß sie in der Donnerstagssitzung des Aufwertungsausschusses des Reichstags ihren Niederschlag finden werde.

Das geschah denn auch. Zu Beginn der Sitzung erhob sich der Reichsjustizminister Dr. Fränkel, um anzukündigen, daß die Rechtsregierung am Freitag im Plenum des Reichstages eine Erklärung zur Aufwertungsfrage abgeben werde. Er verlas zugleich diese Erklärung, die aus folgenden zwei Sätzen bestand:

„Das Reichskabinett hat in der Aufwertungsfrage entscheidende Beschlüsse gefaßt. Die Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die Aufwertung steht unmittelbar bevor.“

Die Kürze der Erklärung und ihr nichtsagender Inhalt veranlaßten einerseits große Heiterkeit, andererseits stärkste Besorgnis. Das kam in der folgenden Debatte deutlich zum Ausdruck.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) richtet die Frage an die Regierung, was heißt „unmittelbar“? Bedeutet das nicht Vorlegung des Gesetzentwurfs erst nach der Präsidentenwahl?

Abg. Dr. Herß (Soz.): Wenn die Regierungserklärung ernst gemeint ist, kann man das Wort „unmittelbar“ doch wohl nicht anders auffassen, als „sofort“, d. h. also, der Gesetzentwurf wird so rechtzeitig kommen, daß die beschlossene Fristenverlängerung bis zum Mai oder Juni unnötig ist.

Dem trat Staatssekretär Joel sofort entgegen. Man könne doch nicht wissen, ob die Vorlegung und Beratung des Gesetzentwurfs so klappt!

Abg. Kell (Soz.): Niemand kann es der Sozialdemokratie verbieten, daß sie den Regierungserklärungen mit größtem Mißtrauen gegenübersteht. Unter Mißtrauen ist tief begründet. Denn erstens hat die maßgebende Regierungspartei ihre feierlichen Versprechen auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs am ersten Tage ihres Regierungseintritts nicht erfüllt. Zweitens hat die Rechtsregierung das Versprechen auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs binnen drei Wochen gebrochen. Drittens hat die Regierung auch dem einmütigen Verlangen des Reichstags nach „unverzüglicher“ Vorlegung des Gesetzentwurfs nicht entsprochen.

Das heutige „unmittelbar“ wird deshalb überall aufgefaßt werden als eine Verschlebung bis nach der Präsidentenwahl.

Unter diesen Umständen müßte die Sozialdemokratie überlegen, ob sie nicht auf der Innehaltung aller geschäftsordnungsmäßigen Fristen bei Erledigung des Gesetzes über die Fristenverlängerung bestehen müßte, um einen Druck auf die Regierung auszuüben, ihre „entscheidenden“ Beschlüsse noch vor der Präsidentenwahl bekanntzugeben.

In der großen Verlegenheit, die sich durch diese Ankündigung der Regierungsparteien bemächtigte, erstand ihnen in Herrn Herß ein Helfer. Er bat die Regierung, weitere Mitteilungen über ihre Absichten zu machen, und da sie vermutlich überaus dürftig ausgefallen wären, stellte er seinerseits Verbesserungsanträge dazu in Aussicht!

Dr. Marx verzichtet.

Die Regierungskrise in Preußen.

Dr. Marx hat heute mittag dem Präsidenten des Preussischen Landtages Bartels mitgeteilt, daß er seine Versuche, ein Kabinett zu bilden, aufgegeben und die Wahl zum Ministerpräsidenten nicht annehme.

Zu Beginn der heutigen Landtagsitzung beantragt Genosse Grzesinski vor Eintritt in die Tagesordnung die Abhebung des Punktes „Entgegennahme einer Regierungserklärung“, da Dr. Marx inzwischen die Wahl zum Ministerpräsidenten abgelehnt habe. (Lärm und Zurufe bei den Kommunisten.) Die Abhebung wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen beschlossen.

Hierauf wird dem Abg. Genossen Siering vom Hause die Genehmigung erteilt, sich im Magdeburger Prozeß als Zeuge vornehmen zu lassen.

Das Haus geht an die Fortsetzung der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs über die Wahlzeit der Provinziallandtage und Kreisstage. Von den Deutschnationalen ist der Antrag gestellt worden, die Vorlage an den Gemeindevorstand zurückzuziehen. Andere Genossen fordern die rasche Erledigung der Vorlage. In der Abstimmung über den deutschnationalen Antrag auf Zurückverweisung stimmen die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und die Kommunisten für Zurückverweisung, Sozialdemokraten und Sozialdemokraten dagegen. Der deutschnationale Antrag wird abgelehnt. Hierauf wird die vor kurzem von den Rechtsparteien einstimmig beschlossene Abstimmung wiederholt.

Am Freitag 11 Uhr wird der Kesselfront wieder zusammengetreten, um den Termin für die Wahl des Ministerpräsidenten festzusetzen.

Abg. Richthofen (Dem.): Wenn die Regierung keine genauere Erklärung über ihre Absichten abgibt, steht für morgen im Plenum eine schärfere Debatte in Aussicht.

Staatssekretär Joel bedauert, eine weitere Erklärung über die Absichten der Regierung nicht abgeben zu können. Das Kabinett aber habe sich damit nicht beschäftigt. Wann die Vorlage an den Reichsrat komme, wissen wir nicht. Auf Zurufe erklärt er, sie sei noch nicht einmal gedruckt.

Die Unzufriedenheit, die diese Erklärung auslöste, veranlaßte den Reichsjustizminister Dr. Fränkel zu einer übermässigen Erklärung, bestehend aus dem folgenden Satz: „Die Rechtsregierung beabsichtigt (!) die Vorlage vor der Präsidentenwahl vorzulegen.“ Sprachs und setzte sich. (Große Heiterkeit des Ausschusses.)

Abg. Wunderlich (D. Sp.) beschwört die Rechtsregierung, den beschlossenen Entwurf über die Aufwertung doch im Laufe der nächsten Woche vorzulegen.

Übermäss erhebt sich der Staatssekretär Joel, um zu erklären: Die Vorlage wird im Laufe der nächsten Woche dem geschäftsbekanntmachenden Körperlichen vorgelegt werden. — Auf diesen neuen Verschleppungsversuch, der es ermöglicht, daß am Sonnabend vor der Präsidentenwahl die Vorlage bekannt gegeben wird, erwidert

Abg. Kell (Soz.): Wir beharren dabei, daß die Rechtsregierung morgen im Plenum des Reichstags ihre grundlegenden Beschlüsse bekannt gibt.

Hierauf wird in die Beratung des

Gesetzentwurfs über die Verlängerung der Anmeldefristen eingetreten. Die Regierung schlägt die Verlängerung der Fristen bis zum 30. Juni 1925 vor. Da die Anmeldefristen aber in der letzten Sitzung im dem Antrag Müller-Franken und Genossen betr. Aufhebung der Dritten Steuernotverordnung den 31. Mai als Termin eingeführt hat, beantragt Kell (Soz.) diesen Termin auch für die Verlängerung der Anmeldefristen zu beschließen. Verschiedenartige Beschlüsse kamen nicht zustande.

Die Regierungsvorleser und die Vertreter der Regierungsparteien wehren sich ganz entschieden gegen diesen Antrag und stellen dabei in Aussicht, daß die Aufwertungsfrage auch bis zum 31. Mai nicht mehr fruchtbar wird. Es müßten denn die Fristen immer wieder verlängert werden, und das rufe nur Beunruhigung bei den Gläubigern und Sparern hervor. Der Antrag Kell wird schließlich gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt und der Termin des 30. Juni beschlossen.

Der deutschnationale Abgeordnete Dr. Best, der in der Debatte über die Regierungserklärung eine wichtige Rolle spielte, gab bezweifelnd die Anregung, die Fristen ohne bestimmten Termin bis zum Inkrafttreten des neuen Aufwertungsgesetzes zu verlängern. Es wagte jedoch kein Ausschusmitglied, einen Antrag dieses Inhalts zu stellen.

Abg. Kell beantragt ferner, dem vorliegenden Gesetzentwurf einen Artikel III neu einzufügen folgenden Wortlauts: „Der Wiederherstellung eines gelöschten Rechts zum Zwecke der Aufwertung steht der öffentliche Glaube des Grundbuchs insoweit nicht entgegen, als ein nach der Beschaffung eingetragenes Recht nach dem 1. April 1925 begründet worden ist.“

Dem Antragsteller und von anderen Rednern wurde ausdrücklich festgesetzt, daß mit dieser Bestimmung die Frage der Rückwirkung der Aufwertung nicht entschieden, sondern nur eine Warnung gegen Eintragung neuer Hypotheken an Stelle solcher, die mit Papiermarkt gelöst worden sind, ausgesprochen werden soll. Die Regierung und der volkswirtschaftliche Ausschuss wandten die schwersten Bedenken gegen den Antrag geltend. Da aber der deutschnationale Abgeordnete Best in der letzten Sitzung selbst eine Vorlesung dieses Inhalts vorgelesen und der Fraktionsführer Herot sich für eine solche festgelegt hatte, wurde der Antrag Kell mit großer Mehrheit angenommen.

Hierauf wurde gemäß einem Antrag Herot gegen die Stimmen der Sozialdemokraten beschlossen, daß der Ausschuss sich in Rücksicht auf die abgegebenen Erklärungen der Regierung bis auf weiteres vertagt und die Einberufung der nächsten Sitzung dem Vorsitzenden überläßt.

Der Reichsbahn-Schiedspruch verbindlich.

Berlin, 18. März. (M.B.) Nachdem auch die gestrige Verhandlung im Reichsarbeitsministerium zu keiner Verständigung geführt hatte, hat der Reichsarbeitsminister sich entschlossen, den Schiedspruch vom 13. März von Amts wegen für verbindlich zu erklären und damit den Streit zu beenden. In der Entscheidung wird ausdrücklich betont, daß die im Schiedspruch vorgelegene volle Wiedereinstellung der streikenden Arbeiter zwar eine schwere Belastung für die Reichsbahn bedeute, um so mehr als die Niederlegung der Arbeit vor Erledigung des Schlichtungsverfahrens besonders bei einem gemeinsamen Betrieb, wie der Reichsbahn-Gesellschaft, durchaus nicht zu billigen sei. Trotzdem empfiehlt es zugleich mit der sachlichen Regelung auch die früheren Folgen der übereilt ergriffenen Kampfmaßnahmen verschwinden zu lassen und durch diese verbindlichen Maßnahmen den Boden für ein weiteres friedliches Zusammenarbeiten zu bereiten. Für die Arbeiter bedeute die im Schiedspruch vorgeschlagene Regelung zwar keine volle Befriedigung ihrer Forderungen, im ganzen betrachtet aber doch eine wesentliche Verbesserung.

Die Gewerkschaften der Eisenbahner nehmen heute nachmittag zu dem erfolgten Verbindlichkeitsbescheid Stellung und werden dann ihre Stellungnahme in Form eines Aufrufs veröffentlichten, den wir in der Freitagshausausgabe des „Vorwärts“ zum Ausdruck bringen.

Bei den Gemeindevahlen in Britisch-Indien kam es zu schweren Unruhen. An einem Ort wurden 18 Mohammedaner und 3 Hindu zum Teil schwer verwundet. Ein Mohammedaner ist seinen Verletzungen erlegen. Bei einem andern Zusammenstoß hat es 16 Verletzte gegeben, davon 4 Schwerverletzte.

Aufwertung / Präsidentenwahl.

Wen sollen die Gläubiger und Sparter wählen?

Von der Rechtsregierung unter deutschnationaler Führung hatten die Sparter erwartet, daß sie gemäß dem Versprechen der deutschnationalen Partei am ersten Tage ihrer Regierungstätigkeit die Dritte Steuernotverordnung zerreißen und das neue Aufwertungsgesetz vorlegen werde. Diese Hoffnung von Millionen ist grenzenlos enttäuscht worden. Weder die Deutschnationalen, noch die übrigen Rechtsparteien, noch die Rechtsregierung denken an die Einlösung ihrer feierlichen Versprechungen. Sie treiben sogar Obstruktion. Am 5. Februar versprach die Regierung feierlich die Vorlegung des neuen Aufwertungsgesetzes binnen drei Wochen. Inzwischen ist die doppelte Zeit vergangen. Der neue Gesetzentwurf liegt immer noch nicht vor und wird in absehbarer Zeit auch nicht vorgelegt werden. Mit Recht sieht deshalb das Organ des Hypothekengläubiger- und Sparerschutzverbandes „Die Aufwertung“ die Ursache dafür in der Absicht der Regierung, „die Veröffentlichung des neuen Aufwertungsgesetzes bis nach der Reichspräsidentenwahl zu verschleppen, da bei ihren aus der Denkschrift des Finanzministeriums zu entnehmenden Absichten der Gesetzentwurf wohl derart ausfallen wird, daß er evtl. auf die Reichspräsidentenwahl Wirkungen ausüben dürfte, die der Regierung alles andere als erwünscht sind.“

Die Rechtsregierung will also die Sparter noch einmal betrügen. Zweimal bereits haben die Sparter denjenigen zu Recht verhöhnt, die an ihrem Unglück schuld sind und sich auch jetzt wieder als ihre schärfsten Feinde enthielten. Die Sparter stehen deshalb vor einer überaus wichtigen Entscheidung. Wiederum muß man um ihre Stimmen, wiederum macht man ihnen Versprechungen. Sie sind heute ebenso ernst gemeint, wie früher. Sie dienen nur dem Stimmenfang. Die Sparter sollen durch ihre Stimmen helfen, daß ein von den reichen Schuldner, von den Großindustriellen und den Großagrarern abhängiger Reichspräsident gewählt wird. Ist das erst erreicht, und ist man vor weiteren Wahlen geschützt, wird man mit der schärfsten Brutalität das den Sparern zugesagte Unrecht aufrechterhalten und sich um ihre Proteste nicht kümmern.

Der Kandidat des Rechtsblocks ist der Oberbürgermeister Dr. Jarres aus Duisburg. Ebenso wie Dr. Luther war er Mitglied jener Regierung, die die Dritte Steuernotverordnung erlassen hat. Auch er ist ein Mann nach dem Herzen der Schwerindustrie. Willfährig ihren Wünschen, abhängig von ihren Befehlen, gehorham, wenn es gilt, ihre Interessen zu schützen und den Kapitalisten im Kampf gegen die Aufwertung zu helfen. Die Träger des Rechtsblocks sind die Parteien und Verbände die die Rechtsregierung verhindern, das neue Aufwertungsgesetz vorzulegen. Unter den Unterzeichnern des Aufrufs für die Wahl von Jarres befinden sich folgende Personen: Großindustrieller Dr. Ernst v. Borfig, Berlin, Großagrarier Freiherr v. Geyl, Hepp, Präsident des Reichslandbundes, Graf von Kaldreuth, Präsident des Reichslandbundes, Karl Labandorf, Vorsitzender des Preussischen Verbandes der Haus- und Grundbesitzervereine, Generaldirektor Albert Bögl, Dortmund, Graf Westarp. Soweit man die Unterzeichner kennt, sind es nur persönlich interessierte Gegner der Aufwertung. Keiner einzig hat sich je ernsthaft und offen als Anhänger der Aufwertung bekannt. Der Rechtsblock ist also ein Block der reichen Schuldner gegen die verarmten Gläubiger!

Von ganz besonderem Interesse für die Sparter wird es sein, daß an hervorragender Stelle der Unterzeichner des Aufrufs die „Aufwertungsgrafen“ Kaldreuth und Westarp erscheinen. Gegen den letzteren hat sich erst jüngst die „Mitteldeutsche Aufwertungszeitung“ gewandt, weil er offen erklärte, daß der Oberlandesgerichtspräsident Dr. Best nur deshalb einen Sitz auf der deutschnationalen Reichstagsliste erhalten hat, weil man ihn aus einem Freund zu einem Feind der Aufwertung umstimmen wollte. Das genannte Blatt schreibt dazu:

„Hier erfahren also die Sparter zu ihrer schmerzlichen Ueberzeugung, zu welchem Zwecke man — sage und schreibe: — einem ihrer hervorragenden Vertreter einen Sitz in der deutschnationalen Reichstagsfraktion eingeräumt hat. Nicht — wie es in zahllosen Wahlaufrufen zu lesen stand — weil die Deutschnationale Volkspartei die von dem Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Best in Form eines Gesetzesentwurfs formulierten Forderungen der Sparter als berechtigt anerkannt und sich zu eigen gemacht hätte — o nein! — sondern lediglich um einen Meinungsaustrausch und Interessenausgleich innerhalb ihrer Fraktion zu ermöglichen. „Vor Tische las man's anders!“ Da nun aber dem einen Spartervertreter eine hundertfache Uebermacht von Vertretern des Hausbesitzes, der Landwirtschaft und Industrie gegenübersteht, die der biedere Sparter in seiner Enghals durch seine dem Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Best zugebaute Stimme mit in den Reichstag gewählt hat, so mag er sich selber ausmalen, zu welchem Ergebnis jene beiderseitige Interessenausgleichung im Schoße der Deutschnationalen Volkspartei führen wird.“

Dieses zutreffende Urteil spiegelt die Stimmung in den Sparerkreisen richtig wider. Sie ist auch zum Ausdruck gekommen auf einer Reichstagsmitgliederversammlung des Hypothekengläubiger- und Sparerschutzverbandes, die am letzten Sonnabend im Reichstage stattfand. Diese Organisation, die noch bei den Dezemberwahlen offiziell für die Rechtsparteien einztrat, hat jetzt das Eintreten für Jarres geschafft.

abgelehnt. Eine ganze Reihe von Rednern hat befunden, daß das Mißtrauen der Sparer gegen einen Rechtskandidaten täglich im Wachsen begriffen sei. Viele ihrer Mitglieder hätten eingesehen, daß nur die Sozialdemokratie als ernsthafter Freund für die Aufwertung in Frage komme, sie würden deshalb auch für den sozialdemokratischen Kandidaten eintreten.

So erfreulich an sich der Stimmungsumschwung in dieser maßgebenden Organisation der Sparer ist, so bedauerlich bleibt die Tatsache, daß man sich nicht zu einer klaren und eindeutigen Stellungnahme aufgeschwungen hat. Sie hätte im Interesse der Sparer nur ausfallen dürfen zugunsten der Sozialdemokratie. Diese hat, wie das in Sparerkreisen ganz allgemein anerkannt wird, die Aufwertungsfrage wieder ins Rollen gebracht. Sie hat durch ihre mehrfachen Vorstöße die Obstruktion der Rechtsparteien und der Reichsregierung geschwächt. Sie treibt die Gegner der Aufwertung vorwärts. Sie hat deshalb den Antrag auf Aufhebung der Dritten Steuernotverordnung gestellt. Von ihr stammt das Verlangen nach Rückzahlung der gepfändeten und zwiefel gezahlten Rührentschädigungen und der Besteuerung der Inflationsgewinne, damit die Mittel für die Aufwertung ohne neue Lasten für die Allgemeinheit beschafft werden können.

Rur rein sachliche Motive sind für diese Stellungnahme entscheidend. Wie die sozialdemokratischen Redner im Reichstage mehrfach dargelegt haben, kann die Aufwertung jetzt erfolgen ohne Schädigung der Allgemeinheit und ohne neue Lasten für die Massen. Denn die Bährung ist gestiegen, die Wirtschaftsverhältnisse sind besser als im Vorjahre, die Finanzverhältnisse des Reiches günstig und die Rentabilität der reichen Schuldner so groß, daß sie Mühe haben, ihre Gewinne zu verstecken. Bei dieser Sachlage dürfen nicht Millionen Menschen dem Hunger überlassen bleiben, während andere, die durch sie reich geworden sind, proffen und genießen.

In dieser Stellungnahme zur Aufwertungsfrage ist die Sozialdemokratische Partei einig mit ihrem Kandidaten Otto Braun. So wie die ganze Partei, so wird auch er seine volle Kraft einsetzen für eine Lösung der Aufwertungsfrage, die sowohl dem Rechtsempfinden der Sparer als auch den sozialen Erfordernissen Rechnung trägt. Mehr als irgendein anderer hat Otto Braun in seinem jahrelangen Kampf zugunsten der Enterbten die Großkapitalisten und Großagrarien in ihrer blinden Profitgier kennen gelernt. Im Kampf gegen die Junker und Agrarier, gegen den Adel und die großen Kapitalisten hat er das Vertrauen der Massen erworben. Er verdient auch das Vertrauen der Sparer. In ihm werden sie den besten Sachwalter ihrer Interessen finden.

Ludendorff Nr. 7!

Eine völkische Protest-Kandidatur?

Heute, um 12 Uhr nachts, läuft die Frist für die Anmeldung der Kandidaten ab. Inzwischen bekräftigt sich die Nachricht, daß die „Nationalsozialistische Arbeiterpartei“ und die völkischen Verbände und Organisationen auf Vorschlag von Hitler beschloffen haben, in aller Eile noch Herrn Ludendorff zu präsentieren. Ludendorff, der sich bisher im neuen Reichstag nicht hat blicken lassen, ist in Berlin eingetroffen.

Das nationalsozialistische Organ Berlins, das „Deutsche Tagesblatt“, weiß jedoch auch heute morgen von dieser Kandidatur nichts. Es veröffentlicht vielmehr Aufrufe für Jarres. Vor zwei Tagen schrieb es, daß „Männer, die unsere Hoffnung sind“, nicht als Wahlkandidaturen verbracht werden dürfen. Folgerichtig unterschrieb auch Herr Wulle einen Aufruf für einen Mann, der offenbar „unsere Hoffnung“ nicht ist, nämlich für Herrn Jarres.

Nun taucht im letzten Augenblick doch wieder Ludendorff auf. Der Versuch, ihn aufzustellen, ist ein neuer Be-

weis für das Durcheinander, das in der „nationalsozialistischen“ Gesellschaft herrscht.

Offiziell kandidiert werden kann Ludendorff nur durch eine Organisation, die bei den letzten Reichstagswahlen einen eigenen Reichswahlvorschlag eingebracht hat, oder durch Beibringung von mindestens 20 000 Unterschriften noch bis heute Mitternacht. Geschieht das, so wird der Name Ludendorff in alphabetischer Reihenfolge den amtlichen Stimmzetteln einverleibt werden. Anders falls bleibt den Ludendorff-Anhängern nur das weiße Feld auf dem Zettel, um den Namen selber hineinzuschreiben. Ueber die Zulassung der Kandidatur Ludendorffs wird erst heute Abend entschieden werden. Vollständig würde die Kandidatur Ludendorffs einen Sammelpunkt abgeben für alle die rechtsgerichteten Kreise, die schon erkannt haben, daß die nationalsozialistische Demagogie der Deutschnationalen nur ein Köder zu innerpolitischen Zwecken war und daß die Regierung Stresemann-Schleier ihre Vorgängerinnen in Erfüllungspolitischer Richtung erreicht, wenn nicht übertrifft.

Es gehört wenig Sehrgabe dazu, um zu erraten, daß die Frage Ludendorff in diesem Augenblick der Gegenstand konfusier Verhandlungen ist und daß alle Druckmittel angewendet werden, um den nach Berlin geeilten lästigen Bewerber unverrichteter Dinge wieder nach Hause abzuschicken.

Nach Tische liest man's anders ...

Jarres und seine Presse.

Der Jarresel-Block hat wirklich Pech. Gestern erst mußte die „Zeit“ des Herrn Stresemann im Wahlaufruf für Jarres das gute und klare Wort „Rechtsblock“, das deutlich zu lesen war, durch Quetschung undeutlich machen lassen, um den Anschein zu erwecken, daß der Rechtsblock ein Reichsblock sei.

In der Morgenausgabe ist die „Zeit“ wieder einmal so offenherzig, daß man seine Freude daran haben kann. Sie berichtet nämlich, was andere schamhaft verschweigen:

„Am gestrigen Abend versammelten sich die Vertreter der Reichsblockpresse und prominente Angehörige der ausländischen Presse, eingeladen vom Reichsblock, und wählten herbeizogenden Vertretern der den Reichsblock bildenden Parteien und Wirtschaftskreise im Kaiserhof.“

Zunächst versammelte man sich zu einem einfachen (?) Mahl bei dem Erzählen von Goebel eine humorvolle Rede hielt, in der er auf den Charakter des Abends hinwies.

Dr. Jarres erhob sein Glas auf die Presse als Anstalt der öffentlichen Moral. ...

Das erfährt man, wie gejagt, aus der „Zeit“ des Herrn Stresemann. Und so werden dann die Lobeshymnen doppelt verständlich, die sich in der so bewährten „Reichsblock“-Presse heute in beängstigender Fülle finden. Da ist zunächst die „Zeit“ selbst, die, noch trunken vor Begeisterung, versichert, daß „hier zum ersten Male ein ganzer Mann dem Volk als Führer geboten“ wird, und daß endlich eine „solche seltene Persönlichkeit“ entdeckt worden ist. An anderer Stelle weiß das Blatt zu berichten:

„In einer spontanen Bewegung erhoben sich Tausende von Armen zum Zeichen freudiger Bejahung und in Begeisterung brach sich das Deutschlandlied von den Lippen der Versammlung.“

Man könnte das natürlich auch etwas höflicher ausdrücken, aber wenn schon die Reichsblock-Presse sich bei einer Abfütterung durch Schwertindustrielle und Parteinteressenten als „Anstalt der öffentlichen Moral“ feiern läßt.

Das Stinnes-Blatt, die „M.Z.“, findet in gleich stürmischer Begeisterung, daß in ganz Deutschland „niemand willkommener und niemand würdiger“ erscheine, als der schwarzweißblaurotgoldene Jarres!

Noch schöner wird's bei Hugenberg. Dort dichtet ein Mann, der auch beim Hitler-Putz in München war, in Begeisterung:

Ein mittelgroßer Fünzigjähriger, kühl, blond, mit energischem, besonnen und dennoch guimätzig blickendem Anstrich. Keine

Heidenstuge. Kein hartes Profil. Aber ein fluges, nachteerner Redner, dem das Herz wader zu Wort und Gedanken schlägt.

Und im anderen Hugenberg-Blatt schimpft in selbiger Stimmung Friedrich Hufschung über „die Schmöke der Demokratie“, die „Buben“, die „Liberaltalente“, die es wagen, einen Helden wie Jarres anzugreifen. Dafür aber wird Jarres gepriesen als „unverzerrter und ungezierter“ Mann mit einem „einfachen Programm“:

Ein Programm — wer dürfte es scheitern. Ein Mann — wer dürfte sich ihm versagen. Keine Lichtkrawatte, kein Film, kein Abschau Amerikas, kein Humbug, kein Zirkus — nur ein Mann.

Zubel steht auf. Und tausend Hände heben sich gelobend ihm entgegen: Treue um Treue.

Während diese Stimmungsmache für einen „Mann“, der doch kein „Held“ und kein „Titan“ ist!

Das Bankett der „Reichsblock“-Presse im „Kaiserhof“ — schon der Name ist ein Symbol! — hat augenscheinlich seine Wirkung getan. Man kann danach noch einiges erleben von dieser bürgerböllischen „Anstalt der öffentlichen Moral“.

Vergebliches Zeugnen.

Jarres steht nicht zu seinen Worten und Plänen.

In seiner gestrigen Programmrede hat Herr Jarres versucht, die berechtigten Vorwürfe, die gegen ihn als den Vater des unheilvollen „Versackungs“-Gedankens gerichtet wurden, mit ein paar gewundenen und nichtsagenden Redensarten abzuwin. Demgegenüber hatten wir an einen Ausspruch erinnert, den er damals Reichstagsabgeordneter gegenüber getan hatte, als ihm vorgehalten wurde, daß die Versackungspolitik den dauernden Verlust von Rhein und Ruhr zur Folge haben müßte. Dieser Ausspruch lautete:

„Jawohl, wir verlieren dadurch Rhein und Ruhr, aber holen sie uns in zehn oder zwanzig Jahren mit den Bajonetten wieder!“

Jetzt ermächtigt Herr Jarres die „Telegraphen-Union“ zu der Erklärung, daß er einen solchen Ausspruch nie getan hätte. Dieses Dementi wird ihm nicht viel helfen, erstens, weil es den Tatsachen widerspricht, und zweitens, weil es reichlich spät kommt.

Denn es ist nicht das erste Mal, daß wir den Jarresschen Ausspruch, für den Zeugen vorhanden sind, in aller Offenlichkeit zitiert haben. Als im vergangenen Herbst die Frage der Versackungspolitik im letzten Reichstagswahlkampf zur Debatte stand, da veröffentlichten wir in unserer Morgenausgabe vom 18. November einen Leitartikel unter den Ueberschriften: „Hazardspiel mit dem Rhein.“ — Wie sich Herr Jarres die Versackungspolitik vorstellte.“ In diesem Aufsatz polemisierten wir gegen einen Vertuschungsversuch der „Kölnischen Zeitung“, der die Dinge so hinstellte, als hätten die Befürworter der Versackungspolitik lediglich an eine vorübergehende Lockerung des Reichsgefüges, also an eine Trennung des Rheinlandes und des Ruhrgebiets vom Reich nur für eine kurze Zeitdauer gedacht. Dazu schrieben wir:

Dieser Schwindel läßt sich aber mit einer einzigen Tatsache glatt widerlegen, und zwar mit einer Aeußerung des damaligen Oberbürgermeisters und jetzigen Vizelandesmarschallers. Als nämlich in den frühesten Tagen Herr Jarres in einem Ausschuß des Reichstages seine Ideen entwickelt hatte, wurde ihm von sozialdemokratischer Seite entgegnet, daß die Versackung den Verlust von Rhein und Ruhr bedeute.

Darauf erwiderte Herr Jarres:

„Jawohl, wir verlieren dadurch in der Tat Rhein und Ruhr. Aber wir werden sie uns in zehn Jahren mit Waffengewalt wieder holen!“

Und dieser Hazardeur ist als Vertrauensmann der Deutschen Volkspartei in das Reichskabinett geschickt worden. Und da wagen es völksparteiliche Blätter, den Linksparteien Mangel an Nationalgefühl vorzuwerfen, während Männer aus ihrem eigenen Lager

Skandale mit umgekehrtem Vorzeichen.

Von Hanns-Erich Raminiski (Paris).

Die Deutschnationalen erklären mit dem Brustton der Kriegervereine, daß die Republik die Heimat der Skandale sind, und ausnahmsweise haben sie damit sogar Recht. Unter dem Absolutismus — auch wenn er eine konstitutionelle Kravatte trägt wie im kaiserlichen Deutschland — gibt es keine Skandale. Denn der Skandal bedeutet ja, daß eine „Affäre“ aufgedeckt wird. Und unter dem strammen Regiment der Majestätsbeleidigungsprojekte, der Zensur und der wohlgeordneten und ordensgeschmückten Hierarchie wird eben niemals etwas aufgedeckt.

Die Deutschnationalen haben auch Recht, wenn sie behaupten, daß Frankreich das klassische Land der Skandale sei. Die Franzosen, die ihre Freiheit schon etwas länger besitzen als wir, verstehen nämlich auch schon länger davon Gebrauch zu machen. Besonders die Skandale, die augenblicklich in Frankreich auf der Tagesordnung stehen, sind höchst lehrreich.

Die Affäre, die unter dem Namen des Herrn Billiet läuft, ist gar keine typisch französische Affäre. Es ist nur eine jener kleinen Gewohnheiten aus der guten Gesellschaft aller Länder, über die man unter seinen Leuten kein Wort verliert. Denn Herr Billiet, der Senator und Vorsitzender des Verbandes für wirtschaftliche Interessen ist, hat natürlich keine silbernen Löffel gestohlen. Er hat überhaupt nichts genommen — er hat gegeben. Er hat, wohlwollig, wie die reichen Leute nun einmal zu sein pflegen, besonders wenn sie Vorsitzende eines Verbandes für wirtschaftliche Interessen sind, allen Kammerkandidaten freigebig Schecks zur Verfügung gestellt, wenn sie sich dafür verpflichteten, die „Interessen der Wirtschaft“ in der Kammer wahrzunehmen. Eine ganz natürliche Sache, nicht wahr, Herr Hergt? Nur daß in dem klassischen Land der Skandale viele Leute, die moralisch sind, obgleich sie nicht auf der Rechten sitzen, das als Wahlkorruption bezeichnen.

Die Kammermehrheit setzte daher einen Ausschuß ein, der diese Dinge untersuchen sollte. Herr Billiet verweigerte die Aussage, und die Angelegenheit kam vor das ordentliche Gericht, wo denn auch erhebliche Dinge ans Tageslicht gezogen wurden. Zum Beispiel die hübsche Tatsache, daß die Beauftragten des Herrn Billiet von ihrer Scheckmunition sogar den Kommunisten etwas zugute kommen ließen, nur damit in einigen Wahlkreisen nicht die Kandidaten des Blocksartells siegen.

Die Untersuchung über diese „Selbstverständlichkeiten“ ist noch nicht abgeschlossen. Die Mehrheit ist neugierig genug, um wissen zu wollen, woher die Gelder in einzelnen stammen und unter welchen konkreten Bedingungen sie gegeben wurden. Wir empfehlen den Deutschnationalen, sich an dieser Skandaljagd ein Beispiel zu nehmen.

Nach der zweiten Skandal ist lehrreich, und obendrein hat er den Vorzug, auch amüsant zu sein. Es handelt sich dabei um keinen

Geringeren als den Baron Rothschild, gegen den indessen nicht die Antisemiten ins Feld ziehen. Mit den Antisemiten stehen die Rothschild bekannlich längst auf du und du. Auch der Herr Baron Rothschild wird von den bösen Leuten der Linken angegriffen, die ihm seinen sauer erworbenen Kammerstift nicht gönnen. Ueberflüssig, zu bemerken, daß auch ein Rothschild nicht nötig hat, zu nehmen. Auch er hat gegeben. Er hat seinen Wählern — vor der Wahl vertritt sich — je nach ihrem Vermögen Taschen oder Banknoten zugesandt, sämtliche Vereine seines Wahlkreises reichlich beschenkt und schließlich sogar die Einrichtung einer Volkshaus versprochen, die Darlehen gegen 2 Proz. Zinsen geben soll. Ein wahrer Wohltäter also.

Die skandalträumenden Franzosen haben jedoch für diese Art Wohltun nicht viel übrig, und die Wahlprüfungskommission der Kammer wird das Mandat dieses Menschenfreundes wohl für ungültig erklären. Der einzige, der das ernsthaft bedauert, ist der Abgeordnete Baron Fould. Die Mitglieder der hohen Finanz, die nach politischen Ehren streben, haben nämlich keine große Auswahl in geeigneten Wahlkreisen. Im allgemeinen vertreten sie die in den Alpen, den Pyrenäen und auf Korsika gelegenen Bezirke, arme Gegenden, in denen ein Wohltäter reichlich Gelegenheit zum Spenden findet. Die „Wahlpropaganda“ des Herrn von Rothschild hat sich nun das leptomale in den Hochalpen abgepielt, und in den Pyrenäen, seinem früheren Wahlkreis, hat Herr Fould seine Nachfolge übernommen. Herr Fould hat alle Hebel in Bewegung gesetzt, damit die Wahl seines Börsefreundes anerkannt würde. „Um Gottes willen“, soll er erklärt haben, „sonst wendet er sich womöglich wieder den Pyrenäen zu.“ Der Wahlkampf kommt mich schon so teuer genug zu stehen; gegen einen Gegner wie Rothschild würde er unbezahlbar werden.

Ich weiß nicht, ob unsere Geldschränker auch gerade mit Taschen im Wahlkampf arbeiten. Aber sicher gibt es in dieser Beziehung noch ein paar hübsche Skandale bei uns aufzudecken. Der einzige Zweifel, den ich dabei habe, ist, ob sich unsere deutschnationalen Skandalpezisisten auch für solche Affären mit umgekehrtem Vorzeichen interessieren.

Der Fund einer antiken Kupferstatue. In einem Brunnen zu Regara, etwa 40 Kilometer von Athen entfernt, ist, wie aus Äthen berichtet wird, die Kupferstatue eines Mannes in einzelnen Stücken gefunden worden. Man vermutet, daß der Kopf dieser Statue, die von außerordentlicher Schönheit ist, von dem Eigentümer des Brunnens verborgen wurde, um sie nach dem Zustand zu verkaufen. Der Inspektor der Altertümer hat eine strenge Untersuchung eingeleitet. Bei weiteren Nachforschungen wurde noch eine andere Statue entdeckt, und es werden jetzt systematische Grabungen in der Umgebung vorgenommen. Der griechische Geograph Pausanias erwähnt in seiner Beschreibung der griechischen Altertümer, die man als den „antiken Boedeker“ bezeichnet hat, er habe im Jahre 170 a. Chr. in Regora diese Statuen des Praxiteles und 10 Kupferstatuen des Anisippos gesehen. Anisippos galt für den größten Bildhauer im Kupfer, und man vermutet, daß die neu aufgefundenen Statuen ein Werk dieses Großmeisters des vierden vorchristlichen Jahrhunderts ist.

Achtung! Wahlkrummel!

Bald wird es wieder bunt an dem Gemäuer, Es wird gekleistert — gelb, rot, grün. Die alten Phrosen, die dir lieb und teuer, Sie werden dir aufs neue zugeschnitten.

Hier wird dir (stille Mensch!) Herr Jarres offeriert, Dort will Herr Ludendorff Versailles revidieren. Mit Schmus und Bluff chloroformiert, Bist du von allen Mauern, die Klafte zieren.

Du wirst von alledem ganz plümerant, Mal bist du für Herrn Bülowmann, mal für Herrn Held begeistert, Und bis zum Wahltag bist du von dem Schmand Total verkleistert!

Doch kaufte trotz der Hugenberg- und Roskau-Presse Noch geradeaus und aus den Augen schaum, Dann hat der ganze Zaubert für dich kein Interesse, Dann wählst du Braun!

Ricodemus Rintepinke.

Zehn Millionen Zuhörer. Luise Tetrazzini, die berühmte italienische Sängerin, hat dieser Tage in einem von der Londoner Rundfunkgesellschaft veranstalteten Konzert mitgewirkt. Es war der größte Erfolg, der im Radio jemals errungen worden ist. Neben der Großkraft-Sendestelle von Chelmsford wirkten an seiner Übertragung weitere 21 Sendestationen mit, und nach den getroffenen Feststellungen lauteten allein in England zehn Millionen Menschen dem Gesänge. Zwei amerikanische Radiostationen gaben die Darbietungen der Tetrazzini weiter, so daß weitere Millionen sie hörten.

Ein 5000 Jahre alter Döps. Der neue Grabfund von Sige, der die Mumie des Pharaos Snotru enthalten soll, erregt in Ägypten das größte Aufsehen, und die Berichterstatter melden, daß bereits sehr bedeutende Funde gemacht worden sind, über die noch Stillschweigen bewahrt wird. Wie Lord Alenby, der als einer der ersten Besucher in die Tiefe hinabsteigen durfte, berichtet, fand man mehr als acht Meter unter der Erde eine Kammer, in der der Kopf und die Hüften eines Döpses lagen, die mit einer Strohmatte bedeckt waren. Das Grab selbst befindet sich in einer Tiefe von ungefähr 28 Metern. Der Döps, auf dessen Reste man hier stieß, ist gegen 5000 Jahre alt.

Das Metropolltheater hat für die künftige und delocalisierbare Ausstattung seiner Kuppel „Tausend läche Reichen“ Montebello, den Schöpfer der erfolgreichsten Pariser und Londoner Resuen, verpflichtet.

Die Drei-gruppe Berlin der Goethe-Gesellschaft veranstaltet am 25. März einen auch Nichtmitgliedern zugänglichen Vortrag von Prof. Dr. G. Gouder über „Goethes Verhältnis zu Goethe“.

Zeit-Radikal. Professor der mittleren und neueren Geschichte an der Freiburger Universität, ist im Alter von 88 Jahren gestorben. Sein Hauptwerk war „Wilhelm von Oranien und der Niederländische Aufstand“ (5 Bände, 1906-24). Von der groß angelegten Arbeit „Deutschland und die Weltpolitik“ ist im vorigen Jahre der erste Band erschienen.

Drei baltische Theater in Hannover. Die Stadt Hannover hat im Einverständnis mit dem Theaterausschuß Verhandlungen zum Abschluß gebracht, die den Aufwieg der Schauburg in Hannover als drittes baltisches Theater zum Ziele haben.

nach vor Jahresfrist mit Ideen spielten, deren Verwirklichung zum Zusammenbruch des Vaterlandes unverzüglich geführt hätte.

Dama's hat sich Herr Jarres nicht gemeldet, obwohl unsere Feststellung von zahlreichen anderen Blättern übernommen und besprochen wurde. Schließlich drehte es sich damals um den Kampf gegen seine Partei und nicht gegen seine Person. Deshalb war ihm wohl diese Reminiscenz nicht so peinlich, wie sie ihm heute ist.

Nachträglich hörten wir übrigens von den Ohrenzeugen dieses Ausspruches, daß wir ihn insofern unvollständig zitiert hatten, als er nicht nur von zehn Jahren, sondern sogar von „zehn oder zwanzig Jahren“ gesprochen hätte.

Barmats Geschäfte.

Zimmer daselbst.

Der Kreditausschuß des Reichstages fuhr heute vormittag in der Zeugenernehmung fort. Kaufmann Scharwenka war Leiter der Schmalzabteilung der Reichsstiftung. Es sei aufgefällt, daß Barmat große Bestellungen erhalten habe, trotzdem er bei der Fleischabteilung als Schmalzlieferant nicht bekannt war. Von der Abwicklung der Kontrakte habe der Zeuge sich frei zu machen gesucht. Die Zahlungsbedingungen seien äußerst kompliziert gewesen und man habe im Amt gemeint, daß nicht Barmat dem Reich, sondern dem Reich Barmat Kredite gewähre. Die Lieferungen seien nach der Erinnerung des Zeugen mehr Lieferungsverpflichtungen gewesen und Herr Rommel, der Vertreter der Reichsstiftung in Hofstadt, habe einmal erzählt, daß damit ein schwunghafter Handel getrieben werde. Ob das zuträfe, wisse der Zeuge nicht. Bei der Belieferung war Barmat wegen der Verschlechterung der Salata in Schwierigkeiten geraten. Der Zeuge schildert dann die Differenzen, die mit Barmat entstanden sind. Etwas Neues geht aus seiner Aussage nicht hervor. Im wesentlichen stützt er sich auf die Mitteilungen anderer Leute. Zu der Behauptung, daß der Minister Robert Schmidt Herrn Barmat begünstigt habe, erklärt der Zeuge, daß ihm nichts davon bekannt sei. Ihm sei nur aufgefallen, daß Barmat in einer Sitzung, die unter dem Minister Hermes stattgefunden hat, sehr selbstbewußt aufgetreten sei. Ein Druck zugunsten Barmats sei nicht ausgeübt worden, aber wiederholt wurde erklärt, daß das Reich gegen Barmat nicht kaufen könne, man müsse einen Kredit von 6 Monaten erreichen, und Barmat sei als der einzige Kreditgeber aufgetreten. Der Zeuge habe die Ueberzeugung, daß zugunsten Barmats die Beträge später annulliert wurden. Mit bestimmten Tatsachen könne er aber keine Ueberzeugung nicht belegen. Von dem bekannten Pächsenmilchgeschäft weiß der Zeuge nur vom Hörensagen.

Abg. Schmidt

Stellt aus den Akten fest, daß die Reichsstiftung und Reichsstiftung den diktorischen Ausschuss ersucht habe, den Vertrag mit Barmat zu streichen. Daraufhin erst habe das Ministerium seine Zustimmung gegeben.

Zu dem Milchgeschäft teilt Schmidt mit, die Milchfondensfabriken hätten während der Ministerium Hermes mitgeteilt, daß bei der Abwicklung des Geschäfts nichts Unfaireres vorgekommen sei.

Abg. Dauch (D. Sp.) stellt fest, daß die Untersuchung in diesem Ausschuss an dem von den Verhandlungen im preussischen Untersuchungsamt absteht. Er wolle Robert Schmidt nicht den Vorwurf machen, daß er persönliche Vorteile gehabt habe, dessen habe er ihn nicht für schuldig. Aber es scheint, als ob es damals im Wirtschaftsministerium ein wenig drunter und drüber hergegangen sei.

Abg. Schmidt wiederholt, daß er zu Barmat niemals eine andere Stellung eingenommen habe als zu allen anderen Lieferanten. Er müsse es ablehnen, sich zu den Zeugenaussagen zu äußern, die die Verhandlungen nicht falsch wiedergäben. Bei der Annullierung der Beträge habe das Reichswirtschaftsministerium so gehandelt, wie es unter ausländischen Kaufleuten üblich gewesen sei, wenn infolge der eigenartigen Verhältnisse eine sehr erhebliche Verluste für den Lieferanten zu erwarten waren.

Auf eine Frage erklärt der Zeuge Scharwenka, seine Bedenken über die Kreditgewährung Barmats habe er erst im Herbst 1920 unter Hermes zum Ausdruck gebracht, vorher habe er keine Veranlassung gehabt, sich darüber zu äußern. Tatsachen darüber, daß die Sozialdemokratische Partei hinter Barmat gestanden habe, seien dem Zeugen nicht bekannt, er wisse über diese Behauptung nur aus der Presse. Es hätten verschiedene Angebote vorgelegen, aber sie hätten nicht sechs Monate Zeit gegeben, wie das Reichswirtschaftsministerium es verlangt hat.

Auf Befragen des Abg. Schred bestätigt der Zeuge Scharwenka, er habe einmal geduldet, er werde dafür sorgen, daß Barmat keinen Auftrag mehr erhalte. Von den Kreisen, die im Hotel Bristol vorherrschten, wisse er nur von dritter Seite.

Der Vorsitzende Saenger teilt mit, daß selbstverständlich Herr Barmat vor dem Ausschuss vernommen werde.

Ministerialrat Staudinger

wor im Reichswirtschaftsministerium zur persönlichen Verfügung der verschiedenen aneinanderfolgenden Minister. Barmat sei zweimal bis dreimal im Ministerium gewesen. Der Minister Schmidt habe im Frühommer 1919 ein Schreiben an die holländische Sozialdemokratie gerichtet, worin er von dem Angebot dankend Kenntnis nimmt, daß Barmat bei Beschaffung von Lebensmitteln ohne Zulassung fremder Devisen behilflich sein werde. Der Minister Schmidt habe keinen besonders günstigen Eindruck von Barmat gehabt, besonders deswegen, weil Barmat gelegentlich auch die kommunistische Partei unterstützt habe. Einen ungünstigen geschäftlichen Eindruck habe der Minister Schmidt von Barmat nicht gehabt. Später sei Barmat nicht mehr im Ministerium vorgekommen, sondern an die Referenten verwiesen worden. Der Minister sei übernachlässig gewesen, besonders bei solchen Dingen, die mit politisch gleichgültigen Zusammenhängen. Schmidt habe den Zeugen ausdrücklich beauftragt, die Referenten anzuweisen, daß Barmat weder besser noch schlechter als andere Lieferanten behandelt werden solle, denn es habe den Anschein, als ob Barmat wegen seiner Konfession und seiner politischen Gesinnung zurückgesetzt wurde. Es hätten günstige Zusätze über Barmat vorgelegen, allerdings auch unangenehme, wie die von der Bodumer Handelskammer. Barmat sei sehr intelligent und bezog sich gern auf seine angeblichen guten Beziehungen. Er sei sehr gutmütig, stelle aber wohl nicht seine persönlichen Interessen über die der Allgemeinheit. Daß Abgeordnete gelegentlich mit einem Lieferanten zum zuständigen Referenten kamen, sei nicht auffällig gewesen.

Der Abg. Rosenberger versucht einen Widerspruch festzustellen zwischen den Aussagen der Zeugen Schmidt und Staudinger über die Bekanntschaft des diktorischen Ausschusses. Es soll später noch erklärt werden, wem der diktorische Ausschuss unterstellt war. Auf eine Frage Rosenbergs, daß Staudinger sich zu einem Gruß äußern solle, den Barmat an ihn gerichtet habe, erklärt der Zeuge, er habe niemals ein Hehl daraus gemacht, daß er der Sozialdemokratie angehöre, und dieser Gruß sei ihm damals von dem Sekretär der holländischen Sozialdemokratie überbracht worden.

Auf Befragen des Abg. Dewitz (Dnt.) sagte Zeuge Staudinger, daß er im Jahre 1923 den Eindruck gewonnen habe, daß Barmat zum krupellosen Geschäftsmann geworden sei. 1919 habe er diesen Eindruck nicht gehabt. Daß unter dem Ministerium Schmidt keine Bedenken gegenüber Barmat bestanden hätten, davon dräure hervor, daß selbst der Staatssekretär Reiter nichts davon dem Minister gesagt habe. Ueber den Kommissar des diktorischen Ausschusses Weissow sei oft gesagt worden, wie über jeden Diktator gesagt werde.

Sozialdemokratie und Präsidentenwahl.

In Lübars bei Weidmannslust sprach gestern in sehr gut dekoriertem Wählervereinigungsausschuß Landa. Seine Worte erinnernden zunächst nach einem kurzen Rückblick auf die französische Revolution und ihre Folgen auf die Ereignisse vom 18. März 1848. Nach heute wieder zeigt sich im reaktionären Lager, daß der politische Ehrgeiz gleich Null ist. Denn das beweist die Nominierung des bürgerlichen Kandidaten Jarres. Heute der, morgen jener, übermorgen noch ein anderer, und mit Recht kann man einem solchen Kandidaten jedes politische Ehrgefühl absprechen. Wir haben keinen Namen genannt. Die Partei trat zusammen, beriet und beschloß. Am anderen Tage war aller Welt bekannt, daß Otto Braun unser Kandidat ist. Im wieweil früher hätte wohl die Reaktion schon ihre offenen Karten gezeigt, wenn nicht Ebert so unsichtbar und klug die Staatsgeschäfte geleitet hätte. Auch die Aufwertung wurde besprochen. Die, die am 7. Dezember die Trommel gewirbelt hatten für Aufwertung, die haben sich heute gebrüht. Und gerade sie waren es doch, die es zu der Inflation und zu der Entwertung kommen ließen. Und an jener Spitze stand das Großkapital und die Nationalisten. Folgende berechnete Forderungen wurden vorgelesen: 1. daß die berechtigten Schutzner zum mindesten der enteigneten Gläubiger belastet werden müssen bis zur Grenze des wirtschaftlich Möglichen. 2. daß zur Wiedereingabe der Not der Inflationssopfer Inflationsgewinnler und die Volksschichten, die ihr Vermögen gerettet und vermehrt haben, herangezogen werden müssen. 3. daß in erster Linie den kleinen Gläubigern geholfen werden muß. 4. daß somit die Gläubiger der Sparkassen und ähnlicher Institute auf keinen Fall schlechter behandelt werden dürfen, als die sonstigen Gläubiger. 5. daß für eine reelle Deckung der Aufwertungskosten gesorgt und jeder neuen Inflation mit allen Mitteln vorgebeugt werden muß. 6. daß die breiten Massen der Winderbemittelten in Stadt und Land, zu denen die geschädigten Gläubiger und Sparer selbst gehören, gegen jede Neubelastung auch in der Form der Erhöhung der Steuern geschützt werden müssen. Der Redner schloß unter großem Beifall: Volksgenossen, wollt ihr Monarchie und Revanche oder wünschth, daß die Republik gefestigt und erhalten bleibt? Wollt ihr mit eurem Nachbarn in Frieden und Verständigung leben, dann dürft es euch am 29. nicht schwer fallen, an der Wahlurne Otto Braun eure Stimme zu geben.

Gegen „Judenverfassung“ und Reichsbanner.

50 M. Geldstrafe für Beschimpfung der Verfassung.

Mit Geisteskrankheit suchte sich der frühere Postassistent Krenndt gegen die Anschuldigung der Beschimpfung der Verfassung und der Reichsfarben zu verteidigen.

Zur Zeit der letzten Wahl war er in ein Lokal gekommen, anscheinend etwas angeunken, und hat sich in ein Gespräch von Gästen am Nebentisch gemischt, wobei er auf die „Judenverfassung“ schimpfte und nicht wiederzugebende herbe Ausdrücke gebrauchte. Von dem Reichsbanner äußerte er, daß es wert sei, in den Abort geworfen zu werden. Der Angeklagte bestritt eine Beschimpfung beabsichtigt zu haben, er habe nicht das Reichsbanner selbst, sondern die Organisation gemeint. Staatsanwalt Dr. Burchard war der Meinung, daß es sich hier um keine bedeutungsvolle Angelegenheit handele, da der Angeklagte keine Gefahr für den Staat bedeute. Der Staat müsse aber darauf halten, daß seine Würde nicht verletzt wird durch derartige Anpöbelung herabgesetzt werde, und es müsse eine empfindliche Strafe eintreten. Wenn er auch 1912 nach seiner Anpöbelung wegen Verstoßung aus dem Postdienst entlassen sei, so sei er für die Tat verantwortlich. Als empfindliche Strafe sah der Staatsanwalt 1 Monat Gefängnis an. Das Schöffengericht aber, unter Vorsitz von Amtsgerichtsrat Kellner, hielt den Angeklagten des Vorgehens gegen das Republiksgesetz zwar für schuldig und auch für seine Tat verantwortlich, es rechnete ihm aber zugute, daß er unter den Aufregungen der Wahlzeit sich zu den beschimpfenden Ausdrücken in der Trunkenheit habe hinreißen lassen. Deshalb lautete die Strafe nur auf 50 M. — Wer also in Zukunft einmal 50 M. überschüssig hat, sich betrinkt und sich in solchem Zustand in die „Aufregung der Wahlzeit“ begibt, der darf es ruhig riskieren, die Verfassung des Deutschen Reiches in nicht wiederzugebenden Ausdrücken zu beschimpfen und auch dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold sein Teil zufommen zu lassen. Der deutsche Sufi gibt, wie man sieht, deutschen Schöffen als erheblicher Widerungsgrund, und der Herr Staatsanwalt war außerdem selber der Ansicht, daß es sich hier um „eine bedeutungsvolle Angelegenheit“ handelt.

Ueberfall auf eine Kreisparlatte.

Der Vorsteher mit Pistolen und Handgranaten bedroht.

Einen ungewöhnlich dreisten Ueberfall verübten drei Räuber, die mit Pistolen und Handgranaten bewaffnet waren, am Mittwoch vormittag auf die Zweigstelle der Teltower Kreisparlatte in der Rheinstraße 66, am Bauwerkplatz, zu Friedenau.

Hier war um 10 Uhr der Filialvorsitzer Mühlbrock, ein alter Herr, der diese Zweigstelle schon viele Jahre leitet, zufällig allein anwesend. Die Kasse hat an den Tagen, an denen auf dem Bauwerkplatz Markt abgehalten wird, mehr Besuch als sonst. Um 10 Uhr erschien ein Mann, der Mühlbrock um Auskunft in Aufwertungsangelegenheiten bat. Während er die Hände in den Mantelfaschen, vor ihm stand, kamen bald hinter ihm her noch zwei Männer in das Zimmer des Vorstehers. In diesem Augenblick zog der erste seine Hände aus den Taschen und hielt in der Rechten eine Pistole und in der Linken eine Handgranate. Mit der Drohung, daß er ihn sofort niederschiesse, wenn er Birm schlage, hielt er dem alten Herrn die Pistole vor den Kopf. Mühlbrock war im Augenblick verblüht und sprachlos. Sofort fielen der zweite und dritte Mann über den Kassenschrank her, rissen alles, was sie an Papieregeld darin fanden, heraus und stopften die Säckchen in Mantelfaschen, die sie mitgebracht hatten. Dann ergriffen alle drei mit der Wucht die Flucht. Mühlbrock, der sich von dem Schreck gleich wieder erhob, rief gleich von der Tür aus um Hilfe. Nach einer Tode von 10 Minuten gelang es, zwei der Verbrecher auf dem Friedrich-Wilhelm-Platz zu stellen und festzunehmen. Der dritte war im Marktplatz entkommen. In der Tasche des einen fand man noch über 12000 Mark. Die Verhafteten, die außer der Handgranate vier geladene Pistolen besaßen, nennen sich Lorenz und Richtigoff, behaupten, aus Süddeutschland zu stammen, und geben an, der kommunistischen Partei anzugehören. In Berlin hielten sie sich seit 8 Tagen bei einem Parteigenossen auf. Den Raubüberfall wollten sie aus Rot verübt haben, in die sie durch lange Arbeitslosigkeit geraten waren. Den entkommenen Räuber wollten sie nicht kennen.

Magistratswahl in Nowawes.

Die Stadtverordnetenversammlung hat gestern den neuen Magistrat gewählt. Zum ersten Bürgermeister wurde der bisherige Gemeinde- und Amtsvorsteher Rosenenthal mit 28 Stimmen bei drei kommunistischen Stimmenhaltungen gewählt. Zweiter Bürgermeister wurde unser Parteigenosse, der bisherige Syndikus Dr. Uckerfeld. Stadtkämmerer wurde der bisherige Kämmerer Schmidt. Bürgermeister Rosenenthal gehört der demokratischen Partei, der Kämmerer den Deutschen Nationalen an. Ueber den drei beabsichtigten Magistratsmitgliedern wurden 7 unbesetzte Stadträte gewählt, wovon auf die vereinigte Liste der sozialdemokratischen und demokratischen Partei vier Sitze und auf die der bürgerlichen Vereinigung drei Sitze entfielen. Zu Stadträten wurden gewählt: Schöffe Finger (SPD), Betriebsrat Rose (SPD), Claire la Grange (SPD), Rektor Kanig (Dnt.), Gemeindevorsteher Hinzrich (Dnt.), Bürgermeister a. D. Winkelmann (Dnt.) und Tischlermeister Rümmler (Wirtschaftsp.). Es hat auch im Magistrat die republikanische Front

eine überlegende Mehrheit erzielt. Gegen 6 Magistratsmitglieder, die zur Demokratischen und Sozialdemokratischen Partei gehören, stehen vier Magistratsmitglieder von der bürgerlichen Mitte.

Fahrvergünstigungen für Schwerkriegsbeschädigte.

Die von der Tarifkommission der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft gegenüber dem Verwaltungsrat beschriebenen Maßnahmen zur Vereinfachung der den Schwerkriegsbeschädigten bisher gewährten Fahrvergünstigungen werden mit dem 1. April dieses Jahres nicht in Kraft gesetzt. Wie der Reichsbahn der Kriegsbeschädigten nach wiederholten Vorstellungen auf Verbehalten der Vergünstigungen von zuständiger Stelle erfahren hat, verbleibt es vielmehr bei den derzeitigen Bestimmungen. Danach werden Schwerkriegsbeschädigte auch weiterhin zum Fahrpreis IV. Klasse in der III. Wagenklasse befördert, wenn sie im Besitze des rotumranderten Schwerkriegsbeschädigtenausweises sind.

Jugendweiche der Arbeiterschaft Groß-Berlins

am Sonntag, den 22. März, vormittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus, Karlstraße. Mitwirkende an der Weiche sind: Reformier: Gesangsgemeinschaft Robertstr. 4/Argulo. An der Orgel: Willi Jaeger; Cello: Karl Dehert; Weiberchor: Dr. Richard Colmann. Ferner der Sprechchor der Proletarischen Feiersunde; Leitung: Herr Albert Florath, und Gesangsleiter: Herr Heinrich Wille. Gaskarten für Erwachsene zum Preise von 1 M. und für Kinder zum Preise von 50 Pf. sind noch an der Kasse erhältlich.

Die Vorbesprechung für die Jugendweiche am 22. März im Großen Schauspielhaus findet heute, Donnerstag, nachm. 14 Uhr, im Großen Saal der Sophienstraße, Sophienstr. 17/18, statt.

Die Ordner der Proletarischen Feiersunde treffen sich am Sonntag, den 22. März, zum Vordienst um 9 Uhr im Großen Schauspielhaus.

Die Vorbesprechung für die Jugendweiche am 22. März in Friedenau, Honnuthstraße, Realgymnasium, findet heute, nachmittags um 15 Uhr, dortselbst statt.

Jugend und Gemeindefest lautet das Thema, über das Frau Dr. Heidebrandt auf Veranlassung des Jugendamtes Friedrichshagen am Donnerstag, den 19. März, 8 Uhr, im Jugendheim (Erdstr. 12 & Mutzong, Gartenhaus, spricht. Die Mitglieder und Freunde aller Kreise der Jugendbewegung sind hierzu eingeladen. Eintritt frei.

Sturmkatastrophe in Nord-Amerika.

2000 Tote, 60 000 Verwundete.

Ein Tornado (Wirbelsturm) hat im südlichen Teil des Staates Illinois (Vereinigte Staaten von Nordamerika) ungeheuren Schaden an Gut und Menschenleben angerichtet. Nicht nur die Stadt Paris ist hinweggefegt worden, sondern ganze Ortsschaften sind verschunden. Man rechnet bereits mit 2000 Toten, 60 000 Menschen sind verwundet worden. Die 11 000 Einwohner zählende Stadt Murphysboro lag im Zentrum des Tornados und wurde am schwersten betroffen. Die Stadt existiert nicht mehr. Die Orte DeForest Duquoin, West-Frankfurt, Thompsonville und Logan in Süd-Illinois sind ebenfalls schwer betroffen, zum Teil zerstört worden. Die vorliegenden Berichte ergeben noch kein genaues Bild über den Umfang des Unglücks. Hilfe eilt von allen Seiten herbei. Da die drabliche Verbindung aus dem verminten Gebiet unterbrochen, laufen wenige Meldungen ein. Ganze Züge wurden aus den Schienen geworfen. Der Eisenbahnverkehr ist meistens eingestellt. In West-Frankfurt wurden Schulhäuser vernichtet und die Kinder getötet. Frauen und Männer suchen unter den Trümmern ihre Familienangehörigen. Der ganze Landstrich aus Süd-Illinois bildet eine große Trümmerstätte. Die Zeitungen bezeichnen diese Katastrophe als die größte seit dem Erdbeben von San Francisco. Das Washingtoner Rose Kreuz hat eine großzügige Hilfsaktion eingeleitet. Der Gouverneur mobilisierte drei Regimenter, außerdem wurden 50 Aerzte in das zerstörte Gebiet abgeordnet.

Zerstörungsfeuer in Tokio.

Laufende von Odbachlojea.

Ein großer Brand in Tokio hat etwa 3000 Häuser zerstört und über 20 000 Menschen obdachlos gemacht. Die Panik und der Terror, die sich dabei abspielten, ähnelten denen bei dem großen Erdbeben. Das Feuer brach im nördlichen Teil der Stadt aus und verbreitete sich mit Windeseile nach dem Zentrum hin. Der herrschende Sturm unterstützte die Ausbreitung des Brandes. Die einzelnen Teile der Häuser, wie dies bei der leichten japanischen Hauskonstruktion ertüchtlich ist, wurden im Feuer wie Papierstücken hochgetrieben. Zur Bekämpfung des Brandes wurden in der Hauptsache Truppen herbeigezogen, denen es schließlich gelang, durch Niederlegung einzelner Komplexe das Feuer einzudämmen. Die ersten Vorkehrungen für den Wiederaufbau sind bereits getroffen. Der Brand wäre weniger umfangreich geworden, wenn die Wasserleitwerke nicht durch eine Trockenheit vollkommen erschöpft gewesen wären.

Eine weitere Kabelmeldung aus New York spricht von 1800 Personen, die dem Brand zum Opfer gefallen sein sollen. Es handelt sich hier offenbar um eine der bestellten New Yorker Sensationsmeldungen, die an Uebertriebungen ihresgleichen suchen. Große Brände sind in Tokio wie in allen japanischen Städten nichts Seltenes. Jedes Haus wird in den nichteuropäischen Vierteln gewöhnlich nur von einer Familie bewohnt, besteht meist nur aus einem Erdgeschoss, das sich aus mit Papier bespannten Holzrahmen ganz leichter Konstruktion zusammensetzt. Sobald in einem solchen Hause Feuer entzündet, ist es natürlich auch um seine Umgebung gefahren. Die leichten Papier- und Holzverbände sind im Augenblick in Flammen aufgegangen, und die Einwickelung eines Stadtviertels ist das Werk einiger Stunden. Fast ebenso schnell ist nach den Aufräumarbeiten das ganze Viertel dann allerdings auch wieder aufgebaut. Der Bau eines Hauses kann in einigen Tagen vollendet sein, und die Kosten halten sich auch nur in sehr mäßigen Grenzen. Sie sind auf keinen Fall mit den Reibkosten eines einfachen europäischen Wohnhauses auch nur im entferntesten zu vergleichen. — Aus diesem Grunde dürfen Großbrände in japanischen Städten nicht als so katastrophal gewertet werden wie in europäischen Wohnzentren.

Zu dem Bergwerkunglück Fairmont wird ferner gemeldet: Es wird angenommen, daß 33 Bergleute verschüttet sind. Die ganze Zeche steht in Flammen, wodurch die eiligst eingehenden Rettungsarbeiten stark behindert und die Rettungsmannschaften gefährdet werden. Man befürchtet, daß alle Bergleute unter Tage umgekommen sind. Obgleich das offizielle Kommuniqué über das Grubenunglück in Fairmont in West-Virginien in Abrede stellt, daß die Explosion durch Bombenwurf verursacht worden sei, hat der Bürgermeister drei Individuen verhaften lassen, die kurz vor der Explosion in aller Eile die Grube verlassen hatten. Die Gewalt der Explosion war so groß, daß alle Häuser in der nächsten Umgebung der Grube eingestürzt sind. Die Erbschütterung wurde in einem Umkreis von 20 Meilen verspürt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 6. Kreis Friedrichshagen. Elternbeiräte, Kinderfreunde, Arbeiterjugend, Jung-Legionäre und Arbeitergemeinschaft der reinheitlichen Verbände! Heute abend 7 1/2 Uhr gemeinsame Versammlung in Schmidt's Café, Friedrichstraße 224. Thema: Wie kommen wir zur neuen Kultur? Referent: Gen. Schaller.
- 6. Wkt. Freitag, abends 7 1/2 Uhr Familienfeier bei Dolchmann, Soltaustraße 27.
- 74. Wkt. Scharf. Heute Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, spricht Gen. Rizzo 24 Wkt. Scharf zur Reichspräsidentenwahl im Lindenpark in Händelstraße, Scharf-Vereinigung.

Seht die Wählerlisten ein! Die Listen liegen nur bis kommenden Montag aus.

Gewerkschaftsbewegung

Die Agitation lebt wieder auf!

Unsere Gewerkschaften bilden einen lebendigen Organismus, dem immer wieder neue Kräfte und frische Säfte zugeführt werden müssen. Die Gewerkschaften bedürfen daher zu ihrer Erhaltung und Ausbreitung der Agitations- und Aufklärungsarbeit. Eine Selbstverständlichkeit, gewiss, an die aber immer wieder erinnert werden muß. Aber mit Ueberzeugung jener Organisation angehört, legt gar leicht voraus, daß nun jeder andere Arbeiter oder Arbeiterin von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation gleich ihm überzeugt sei. Es ist zwar nun höchst einfach, über den Unorganisierten oder Nicht-mehrorganisierten den Stab zu brechen, doch führt uns das nicht weiter. Wir müssen die Ursachen erkennen, um ihnen begegnen zu können. Die meisten von uns sind durch die Agitation, d. h. die Belehrung und Aufklärung durch andere Gewerkschaftsgenossen zur Organisation gekommen. Dafür hat jeder einzelne den Dank abzutragen, indem er die gewonnene Ueberzeugung weiter verbreitet. Darum gehört einige Geduld, mitunter sehr viel Geduld und Ausdauer. Was dem einen ohne weiteres einleuchtet, muß dem andern erst mühsam eingedämmt werden. Die einfachste, billigste und wirksamste Agitation ist noch immer die Agitation von Mund zu Mund. Allein sie bedarf der Nachhilfe und Festigung durch das geschriebene Wort. Agitiert muß zu jeder Zeit werden. Am günstigsten ist die Zeit allerdings im Frühjahr, wenn die Arbeitslosigkeit geringer ist, wenn sich die Erneuerung der Natur auf den Menschen überträgt, sein Herz mit neuen Hoffnungen, mit neuem Lebensmut erfüllt wird.

In dieser Zeit schließt sich denn auch unsere Gewerkschaftspresse, die so viele Jahre durch Krieg, Ummwälzung und Instabilität gehindert war, zur Reubelebung der Agitationsarbeit an. Das geschieht weniger mehr in ebenso langen als langweiligen Artikeln über „Jedem das Seine“, sondern in knappen, klaren, eindringlichen Sätzen, in kurzen Artikeln, durch anschauliche bildliche Darstellungen unterstützt.

Vorbildlich ist in dieser Beziehung die „Holzarbeiter-Zeitung“ in ihrer Ausgabe vom 14. März, und — um auch eines der kleineren Gewerkschaftsblätter zu nennen — die „Dachdecker-Zeitung“, vom 22. März. Natürlich läßt sich auch die Agitation nicht schematisieren. Jeder Verband, jedes Verbandsorgan, muß seine Agitationsmittel so wählen, wie sie den Berufsverhältnissen und den Bedürfnissen am besten entspricht. Die Agitation der Gewerkschaftspresse muß jedoch in allen Fällen lebendig und überzeugend, muß eindringlich sein. Aber auch dann bedarf es noch der Tätigkeit der Gewerkschaftsmitglieder, um den gebotenen Agitationsstoff unter den Unorganisierten zu verbreiten.

In der Lösung des Organisationsproblems müssen alle Kräfte mitwirken, es muß immer und wieder agitiert werden, bis in Deutschland jeder Arbeiter, jede Arbeiterin gewerkschaftlich organisiert ist und der Nachwuchs von vornherein so geleitet wird, daß er in die Organisationen hineinwächst.

Agitation und immer wieder Agitation — auch für die politische Organisation und den „Vorwärts“, wie auch für die konfessionenstheoretische Organisation.

In den nächsten Tagen aber gilt es, alle agitatorischen Kräfte an das eine Ziel zu legen: die Wahl des früheren Buchdruckerchefs Otto Braun zum Reichspräsidenten!

Die Berliner Gewerkschaften.

In der Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission sprach Mittwochabend Genosse Gutsmuths, Geschäftsführer der „Gemeinnützigen Heimstätten-, Spar- und Bau-Vereinsgesellschaft“, über die Aufgaben dieser Gesellschaft und über die Privatwohnungswirtschaft. Die Bau- und Bodenkapitalien treiben mit aller Macht dahin, auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft die Profitgier zu betreiben. Der Schutzverband der Bauunternehmer mit seinem Anhang steht auf dem Standpunkt, daß die Wohnungsbewirtschaftung den allgemeinen freien Wirtschaftsregeln, dem freien Spiel der Kräfte überlassen werden muß. Die Erhöhung der Preise für Baumaterialien hat in letzter Zeit eine starke Verteuerung des Wohnungsbauwerkes erzielt. Mauersteine, die noch im Sommer vorigen Jahres 12 M. das Tausend kosteten, sind jetzt nicht unter 41 M. zu haben und kosten bis zu 55 M. Eine neue Wohnung von zwei Zimmern kostet auf Grund einer solchen Bauweise etwa 100 M. Monatsmiete, drei Zimmer sind nicht unter 150 M. zu haben. Der Privatkapitalmarkt nimmt geradezu empörend hohe Zinssätze für Baugelder. Ohne Uebertreibung kann gesagt werden, daß wir trotz lebhafter Bautätigkeit die gleiche Wohnungsnot haben, wie vorher. Die neuen Häuser stehen leer, es sind keine Mieter da, die die verlangten Mieten zahlen können. Die Bauunternehmer weigern sich, Wohnungen unter fünf Zimmer Größe zu bauen. Erst von dieser Größe ab besteht die Möglichkeit, neue Wohnungen zu vermieten. Gutsmuths zeigte, daß diese Entwicklung noch nicht abgeschlossen ist, daß vielmehr noch eine weitere Steigerung zu erwarten ist, wenn nicht die organisierte Arbeiterschaft ihre Macht ansetzt zur Befreiung der Zustände. In der „Gemeinnützigen Heimstätten-, Spar- und Bau-Vereinsgesellschaft“ (Gehag) ist von der Gewerkschaftskommission unter Beteiligung anderer gemeinnütziger Organisationen ein Institut geschaffen worden, das diesen Kampf aufzunehmen hat. Natürlich wird auch diese Gesellschaft nur mit Sympo-

thetengeldern arbeiten können, jedoch solchen, die aus gemeinnützigen Instituten zum gemeinnützigen Wohnungsbau hergeliehen werden. Daneben muß eine weitgehende Beteiligung der arbeitenden Bevölkerung eintreten. Nennlich wie die Konsumgenossenschaft sich aus den Mitteln ihrer Mitglieder aufgebaut hat, muß es auch bei der „Gehag“ vorwärts gehen. Es ist ein neues Gebiet, das noch hier und da Mißtrauen begegnet; die Notwendigkeit, gesunde Wohnungen für die Arbeiterschaft zu schaffen wird hoffentlich alle Kreise der organisierten Bevölkerung zur Mitarbeit veranlassen.

Die Plenarversammlung wendete sich dann der Beratung der neuen Satzungen zu. Nach der Sitzung ist der alte Titel „Gewerkschaftskommission“ in

„Ortsausschuß Berlin des ADGB.“

geändert worden. Zu den Aufgaben des Ortsausschusses gehört die Unterhaltung der Institutionen, die bisher als Arbeitersekretariat usw. bekannt waren. Die Organe des Ortsausschusses bestehen aus der Plenarversammlung, dem Vorstand und der Vorstandskonferenz. In den Verordnungsbezirken Groß-Berlins, in denen ein Bedürfnis vorliegt, kann ein Unterausschuß gebildet werden. Teilnehmer an den Plenarversammlungen können nur Delegierte werden, die die Beschlüsse und Satzungen des ADGB und des Ortsausschusses anerkennen und die Mitarbeit und Mitgliedschaft in den sogenannten Doppelströmungen ablehnen. Diese Bestimmung ist auf Grund der Erfahrung der letzten Jahre aufgenommen worden; sie ist der Notwehr gegen gewerkschaftszerstörende Elemente entgegen. Für das Betriebsrätewesen und die Jugendarbeit sind besondere Kommissionen vorgesehen. Eine längere Aussprache über die Bestimmung des Statuts hervor, wonach der Ortsausschuß die „Unterstützung der Maßnahmen bei Schaffung von Industriebetrieben“ beobachten soll. Die Vertreter einiger Verbände brachten hierbei ihre grundsätzliche Abneigung gegen solche Industriebetriebe zum Ausdruck. Es fanden grundsätzliche Anschauungen reaktionellen Fassungen des Statuts gegenüber. Infolge der vorerwähnten Zeitverzögerung die Plenarversammlung die Beschlussfassung über die Änderungsanträge wie auch über die Sitzung insgesamt. Vor Eintritt in die Tagesordnung erbrachte die Plenarversammlung das Andenken der in letzter Zeit verstorbenen Genossen Benzler, Sittler, Eiser und des Reichspräsidenten Ebert.

Forderungen zur Sicherheitskontrolle im Ruhrbergbau.

Am 19. März (Mitt.) mit dem Grubenunglück auf Zeche „Minister Stein“ beschäftigte sich, wie aus Ellen der „Kölnischen Zeitung“ gemeldet wird, die Arbeiter- und Angestelltenkommission der Arbeitssamstag für den Ruhrbergbau. Es wird die Forderung einer wesentlichen verschärften Kontrolle im Ruhrbergbau erhoben. Durch Gesetz sollen Grubenkontrollen aus den Reihen der praktisch tätigen Arbeiter eingestellt werden. Sie seien von den Arbeiterorganisationen der Oberbergämtern zu benennen und auf fünf Jahre zu befehlen. Die Beförderung soll nach finanziellen Grundsätzen erfolgen, die Kosten müsse der Bergbau aufbringen. Wenn in den Arbeitslag der Steiger ein Vorgesetzter eingreife, so habe dieser allein die Verantwortung zu tragen. Jede Behinderung der besorgnisvollen Aufsichtstätigkeit des Steigers solle mit Geldstrafe oder, wenn Menschenleben in Gefahr kämen, mit Freiheitsstrafe geahndet werden.

Kein Generalfstreik in Schweden.

Stockholm, 19. März. (Mitt.) Der Zentralausschuß des Allgemeinen Schwedischen Gewerkschaftsbundes hat sich einmütig gegen den Generalfstreik ausgesprochen.

Bemerkenswerte Verhandlungen.

London, 19. März. (Mitt.) Die Arbeitgeber der englischen Schiffbauindustrie haben die Schiffbauergewerkschaft zu einer Konferenz eingeladen, um die Lage mit Bezug auf den nach Deutschland vergebenen Schiffbauauftrag zu prüfen. Die Grubenarbeiter und ihre Arbeitgeber haben die Lage der Kohlenindustrie ebenfalls in einer gemeinsamen Versammlung geprüft, besonders die Frage der Produktionskosten.

Dagegen wir nicht befürchten, daß die englischen Arbeiter sich von ihren Unternehmern einlassen lassen, so bleibt doch die Tatsache, daß in Deutschland weit niedrigere Löhne gezahlt werden als in England und deshalb billiger produziert werden kann, für den englischen Arbeiter bedenklich. Schlimmer noch steht es im Bergbau. Der arbeitstüchtige englische Arbeiter wird leicht geneigt sein, der Darstellung der Unternehmer seiner Industriegruppe beizupflichten, daß letzten Endes der „anspruchsvolle“ deutsche Arbeiter an dem Arbeitsmangel in England die Schuld trägt. Er sieht nach England, aus dem Aufträge für England zu erwarten seien und damit Arbeit für ihn. Schließlich wird der englische Arbeiter, durch die Schmutzkonturrenz des deutschen Unternehmertums auf Kosten der deutschen Arbeiterschaft, gezwungen, seine Ansprüche herabzusetzen, damit das Unternehmertum in England „konkurrenzfähig“ bleibt. Der deutsche Arbeiter müßte dann seinen Schmachtriemen noch enger schnallen, damit der deutsche Unternehmer die Kosten der Produktion in England trotzdem unterbieten kann.

Es gilt daher für uns, der Lohn- und Schmutzkonturrenzpolitik des deutschen Unternehmertums mit aller Macht entgegenzutreten. Konkurrenz durch Qualitätsarbeit, nicht durch Schmutzkonturrenz auf der Grundlage von Hungerlöhnen. Der verwerflichen und verderblichen Lohn-

politik der Arbeitgeberverbände muß die gewerkschaftliche Lohnpolitik entgegengestellt und energisch verfolgt werden. Je stärker die Organisation, um so größer die Möglichkeit des Erfolges.

Eine Sozialversicherungskonferenz.

Genf, 19. März. (Mitt.) Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes des Völkerbundes, Thomas, hat eine Anzahl international bekannter Autoritäten zu einer Konferenz eingeladen, die in dieser Woche in Genf tagt, um Vorschläge zur Behandlung wichtiger Probleme der Sozialversicherung auszuarbeiten. Aus Deutschland sind geladen Geh. Regierungsrat Dr. Richard Freund und Prof. Dr. Alfred Manes (Weimar), Frankreich vertritt Prof. Edouard Fuster und Dr. J. Dreyfus (Paris), England Prof. Cohen (Cambridge), Italien Präsident Bargoni (Rom), Tschechoslowakei Minister Dr. Winter.

Wirtschaft

Kartellierung in der deutschen Lokomotivindustrie.

Wie schon kürzlich gemeldet, hat die Reichsbahn neuerdings die Lokomotivindustrie, der es infolge des Mangels an Aufträgen nicht gut ging, wieder mit Bestellungen bedacht. Die Lokomotivindustrie benutzt die Gelegenheit, um von der Allgemeinheit Vorteile herauszuholen. Durch Kartellierung verstärkt sie ihre wirtschaftliche Machtposition. Natürlich ist dieses Kartell in erster Linie ein Produktionskartell. Aber mindestens so wichtig ist es für die kartellierten Betriebe, auch die Preise zu regulieren. Für das Ausland sind die Lokomotivfabriken im Wettbewerb mit den Fabriken anderer Länder. Hier müssen sie in bezug auf die Preisforderungen manches Loch zurückstücken, und es besteht nun die Gefahr, daß in dem Romer, wo die deutschen Lokomotivfabriken wieder Aufträge von der Reichsbahn bekommen werden, sie sich durch entsprechende Preisstellungen für etwaige Minderpreise, die sie bei Zustandslieferungen erzielen, schadlos halten. Dem ist nur dadurch beizukommen, daß die Reichsbahn bei Ausschreibungen von Lokomotivaufträgen auch ausländische Lokomotivfabriken zur Konkurrenz auffordert, und sei es nur zu dem Zwecke, an der Hand der abgegebenen Angebote die Preise zu kontrollieren und bei allzu starken Differenzen zwischen den Preisen der ausländischen und inländischen Lokomotivfabriken diese aufzufordern, eine entsprechende Korrektur ihrer Preise vorzunehmen. Denn schließlich trägt die Allgemeinheit die Kosten für Ueberpreise, die den Lokomotivfabriken gezahlt werden. Sie wirken sich entweder in Lohnminderungen für die große Masse der Angestellten oder in Tarifserhöhungen aus. Und deswegen muß die Reichsbahn alles anwenden, um bei Beschaffung ihrer Materialien die denkbar niedrigsten Preise zu erzielen.

Das „Berliner Tageblatt“ bringt eine Zuschrift, die die Marginalgewinnung des neugegründeten Deutschen Lokomotiv-Verbandes an Hand der Festlegung der Anteile, nach denen die von der Reichsbahngesellschaft gegebenen Aufträge auf die einzelnen Firmen verteilt werden sollen. Die Zahlen ergeben das folgende Bild:

Deutsche	2020	AGG	45,7
Schwarzkopff	85,5	Bulkan	39,0
Hannomag	94,5	Erlangen	18,0
Borzig	74,5	Raffet	87,4
Rheinmetall	59,7	Hohenzollern	84,0
Union	19,5	Harmann	27,0
Wolf	14,5	Dumboldt	27,0
Krupp	59,5	Jung	26,5
Vulke-Holmann	58,6	Karlstraße	17,5
Creutzfeldt & Roppel	40,7		

Man sieht aus der Tabelle, daß auch eine Reihe von Berliner Betrieben mit hohem Prozentsatz an den Reichsbahnaufträgen beteiligt sind. Die führende Stellung hat im Lokomotivbau der Henschel-Konzern inne.

Ausdehnung in der Kunstlederindustrie. Die Ledertuchfabrik Bernhard Moerker & Co., Treuen i. Sa., hat laut „Konfektionär“ die modern eingerichtete Baumwollweberei Köhner u. von Haller & Co. in Reichensbach kauslich erworben, um in dieser ihre Baumwollgewebe selbst herzustellen. Der Betrieb soll noch wesentlich erweitert werden.

Aus der Partei.

Nachfolger Brantings als Parteivorsteher soll der gewesene schwedische Finanzminister Genosse Ekström werden. Er ist einer der „alten Garde“ der schwedischen Arbeiterbewegung und vertritt seit langem einen linkschwedischen Kreis, steht im Reichstag ursprünglich Bauarbeiter, bekleidet er — der jetzt in den sechziger Jahren liegt — seit Jahrzehnten Vertrauensstellen in Gewerkschaft und Partei.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Felix Götter; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kultur: A. D. Böcher; Soziale und Sonstige: Fritz Kersch; Anzeigen: H. Glade; Anstalt in Berlin; Verlag: Schmidt-Berlin G. m. b. H., Berlin; Druck: Schmidt-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Küchen

Qualitäts-Möbel
in der denkbar größten Auswahl zu enorm billigen Preisen, bis zu den letzten Modellen.

Küche Margarete, roh, mit Anrichte kompl. 65, email. 100 M.
Küche Maria, roh, m. Anrichte kompl. 70 M., emailiert 120 M.
Küche Uerty, roh, m. Anrichte kompl. 95 M., emailiert 160 M.
Küche Berlin m. Seitenpendel 195 cm br. kompl., email. 165 M.
Bauernküche Erla, roh, 33 M., emailiert 55 M.
Kleiderschränke, roh, 60 cm breit 33 M., emailiert 50 M.

Küchenmöbelfabrik Laserstein
Luckauer Straße 1
Ecke Oranienstraße
W. Moritz und Oranienstr.
Tel. Moritzpl. 1693

BLUTARMEN. KRANKEN
ärztlich empfohlen

VEURIC
SÜSSER
Stärkungs-
Wein

Santa Lucia

Käuflich in Apotheken, Drogen- und Drogeriegeschäften.

Liföre halb so teuer

wenn Sie, wie schon Ihre Eltern und Großeltern es taten, sich Ihre Schnäpse mit den echten Reichel-Essenzen selbst brauen. Sie können sich dann eben auch den kostbaren Klare lassen und in solchen Lagen genießen. Machen Sie keine neuen risikoreichen Verläufe. Bestellen Sie auf „Reichel-Essenzen“, die überlebende Marke, die vollwertige Qualität und gutes Gelingen verbürgt. Größlich in Drogerien und Apotheken. Dr. Reichel's Rezeptbuch liefert das Rezept, oder lassen Sie sich durch Otto Reichel, Berlin 48 50, Eisenbahnstraße 4 Reichel-Essenzen — Die Marke der Renner.

Ich liefere als **Selbstersteller**

Trauringe

zu billigsten Preisen
in den gediegensten Ausführungen
11 Stückig ca. 3000 St. auf Lager

Georg Wagner
Köpenicker Str. 71
in Lichtenberg
Keine Schaufenster-
Reklame, dafür we-
sentl. billigerer Preis.

Hermann Wiese, Berlin N. 24, Artilleriestr. 30
W. Passauer Straße 12

Mosen-Anders
Beusselstraße 25

Zigeunerblut im Aktenschrank

Roman von HOMO

Ist jetzt in Buchform erschienen und kann durch die Partihandlungen bezogen werden.

J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.
Berlin SW 68, Lindenstr. 2, Abt. Sortiment

Besonders ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und trotzdem **billig!**

Metallbetten

Stahlmattens. Kinderbetten für an Priv.
Karl 104 Tel. Baumhofstr. 104 Tel. 104

Gelegenheit

Reste f. Wintermäntel u. Kostüme:
Sealplüsch, Samt, Krimmer.
Futterselben u. Halbselben
bedeutend unter Preis.

Haarpuder, Goldstr. 2
(Gronewaldstraße)